

„Wir müssen bereit sein, länger zu arbeiten“

BZ-INTERVIEW mit Günther Oettinger / Der frühere EU-Kommissar erklärt, wie die EU wirtschaftlich mit den USA und China mithalten kann

FREIBURG. Eine stärkere gemeinsame europäische Forschung ist nach Ansicht des früheren EU-Kommissars Günther Oettinger das Mittel, um im globalen Wettbewerb gegen die USA und China bestehen zu können. Bernd Kramer sprach mit ihm bei einer Veranstaltung des CDU nahen Wirtschaftsrats Deutschland beim Arbeitgeberverband Südwestmetall in Freiburg.

BZ: Ist die EU ein Sanierungsfall? Werden zu viele faule Kompromisse gemacht, weil letztlich doch die Eigeninteressen der Mitglieder dominieren?

Oettinger: In der Demokratie sind Kompromisse der Weg zur Entscheidungsfindung. Bei derzeit noch 28 EU-Mitgliedsländern hat man keine vollkommen deckungsgleichen Interessen, deshalb sind Kompromisse notwendig. Ein Minister vertritt auch zuerst einmal die Position seines Landes, so wie ein südbadischer Abgeordneter sich für seinen Wahlkreis einsetzt. Trotzdem waren die EU-Mitgliedsstaaten stets bereit, auch das Ganze zu fördern. Die EU ist deshalb auch kein Sanierungsfall, sondern eine reformbedürftige Institution. Die EU muss sich verändern, um weiterhin stark zu bleiben.

schaft, sollte man auch Gebrauch von ihr machen.

BZ: Brauchen wir mehr Staat in der Wirtschaft? Wie schätzen Sie die Initiativen von Bundeswirtschaftsminister Altmaier ein, mit Steuergeld über europäische Initiativen eine europäische Batteriezellenfertigung und eine europäische Cloud aufzubauen?

Oettinger: Wenn wir in Europa Batteriezellen fertigen wollen, dann schafft das die Wirtschaft nicht alleine. Sinnvoll ist, Forschungsprojekte mit staatlicher Hilfe auf den Weg zu bringen. Am besten geschieht dies über europäische Verbände. Das ist deutlich effizienter, als wenn einzelne Staaten vor sich hin wursteln.

BZ: Läuft die EU nicht Gefahr, in alte industriepolitische Muster zu fallen, in denen einzelne Industrien gefördert wurden, die dann doch nicht am Weltmarkt bestehen konnten?

Oettinger: Wer nichts riskiert, wird nie die Produkte von morgen entwickeln können. In der Forschung besteht immer das Risiko, dass sie am Ende mit leeren Händen dastehen. Aber wer nichts wagt, gewinnt auch nichts.

BZ: Als der PC und der Mikroprozessor ihren Siegeszug in den 80er-Jahren begannen, dominierten ebenfalls US-Unternehmen. Die deutsche Wirtschaft hat sich angepasst. Die Maschinenbauer integrierten die neue Technik, sie sind heute noch Weltmarktführer. Ist die Furcht vor den USA und China nicht übertrieben?

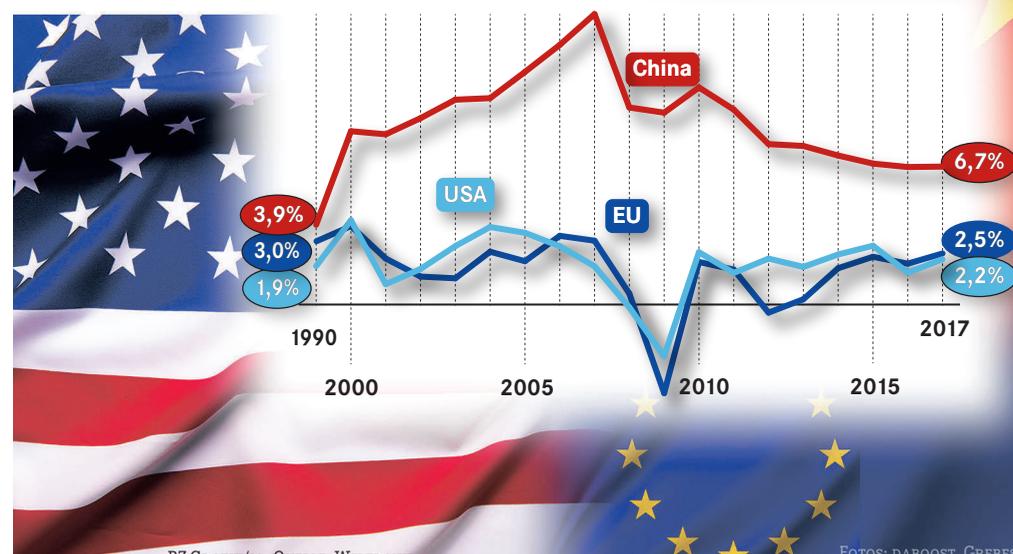
Oettinger: Mikro- und Nanoprodukte sind der Schlüssel für die Industrie von morgen. Da sind Importe durchaus erlaubt, aber wir sollten uns nicht zu 100 Prozent von Einfuhren abhängig machen. Wir haben vor drei Jahren auf meinen Vorschlag hin, eine Nano-Mikroelektronik-PPP (Public Private Partnership) ins Leben gerufen, bei der die EU und Unternehmen kooperieren. Ohne sie hätte Bosch nicht massiv in Dresden in diesen Bereich investiert.

BZ: Der Erfolg des Silicon Valley beruht auch darauf, dass die dort ansässigen Universitäten und Unternehmen mit hoch dotierten Forschungsaufträgen des US-Militärs gepäpelt wurden. Brauchen wir mehr militärische Grundlagenforschung auf europäischer Ebene?

Oettinger: Die kalifornischen Universitäten wie Stanford oder Berkeley sind in

■ Unterschiedliche Dynamik

Wirtschaftswachstum im Vergleich / Veränderung des BIP im Vergleich zum Vorjahr in Prozent



BZ-GRAFIK/JA QUELLE: WELTBANK

FOTOS: DABOOST, GREBESHKOV, KITTHANES (STOCK.ADOBE.COM)

der Tat ein guter Nährboden für Jungunternehmen mit neuen Ideen. Aber wir haben auch gute Universitäten, insbesondere in Baden-Württemberg. Freiburg, Karlsruhe, Konstanz, Heidelberg, wir brauchen uns nicht zu verstecken. Es mangelt aber an jungen Leuten, die Naturwissenschaften studieren wollen oder eine Karriere in technischen Berufen anstreben. Da müssen wir etwas tun. Ich habe auch nichts gegen mehr militärische Grundlagenforschung, nur gibt es hier erhebliche politische Widerstände. In Freiburg würde so etwas sicherlich nicht auf viel Freude stoßen.

BZ: Wenn der Begriff Digitalisierung fällt, denkt man an Google, Amazon, Apple und Microsoft. Warum gibt es solche Unternehmen in der EU nicht?

Oettinger: Wir haben noch keinen einheitlichen europäischen digitalen Binnenmarkt. Nehmen Sie den Mobilfunk, neue technische Standards, die sind Sache der Nationalstaaten. Das hat unter anderem Funklöcher zur Folge. Es gibt zwar viele Bereiche, wo die nationalen Regierungen weiterhin das Sagen haben sollen, bei der Digitalisierung sollten jedoch europäische Lösungen angestrebt werden.

BZ: Kann die EU mit den Riesen China und USA wirtschaftlich mithalten?

Oettinger: Im Prinzip haben wir die Fähigkeiten dazu. Wir müssen aber den europäischen Binnenmarkt vollenden. Und wir müssen bereit sein, länger zu arbeiten – in der Woche und auf das ganze Lebensalter bezogen. Eine weitere wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg ist die kontinuierliche Weiterbildung der Menschen. Und wir müssen bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten deutlich schneller werden.

BZ: Haben Sie es jemals bereut, den Stuhl des baden-württembergischen Ministerpräsidenten gegen den eines EU-Kommissars eingetauscht zu haben?

Oettinger: Es gab manchen Arbeitstag, an dem ich an meiner Entscheidung gezweifelt habe. In der Gesamtbetrachtung

habe ich es jedoch nicht bereut.

BZ: Die CDU hat im Südwesten ihre Dominanz verloren. Wird sie diese zurückerobern können? Oder wird sie ihre dominierende Rolle an eine liberal-konservative gewordene Grünen-Partei verlieren?

Oettinger: Dass die CDU im Land eine allumfassende Dominanz anstrebt, glaube ich nicht. Sie hat aber große Chancen, im nächsten Jahrzehnt wieder zur stärksten politischen Kraft im Südwesten zu werden. Das Problem der Grünen im Land besteht darin, dass Zugpferde wie der frühere Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon abgewählt wurden und Ministerpräsident Winfried Kretschmann schon relativ alt ist.



FOTOFELIX KÄSTLE/PPA

Günther Oettinger

BZ: Können Sie ein Beispiel nennen, wo Reformbedarf besteht?

Oettinger: Wir müssen im digitalen Zeitalter europäische Strategien entwickeln, um gegen die Internet-Plattformen Chinas und der USA zu bestehen. Deshalb ist es zwingend notwendig, mehr gesamt-europäische Forschungsprogramme anzustoßen. Ein Nationalstaat, selbst ein großer Konzern wie Siemens, verfügt nicht über die finanziellen Ressourcen, um allein gegen das Silicon Valley oder China zu bestehen. Wo die europäische Zusammenarbeit einen Mehrwert

INFO

GÜNTHER OETTINGER

Der Politiker (geb. 1953) hat Jura und Volkswirtschaftslehre studiert. Von 2005 bis 2010 war der CDU-Vertreter baden-württembergischer Ministerpräsident. Danach wechselte Oettinger als Kommissar für Energie in die EU-Kommission nach Brüssel. 2015 wurde er Kommissar für Digitales, 2017 für Haushalt und Personal. Im November 2019 ist Oettinger aus der EU-Kommission ausgeschieden.

WIRTSCHAFTSRAT

Der Wirtschaftsrat ist eine parteiunabhängige, aber CDU nahe Organisation. Sie versteht sich als Stimme der sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Der Landesverband Baden-Württemberg ist mit mehr als 2800 Mitgliedern der größte innerhalb des Wirtschaftsrats. Der Sektion Freiburg-Emmendingen gehören mehr als 100 Unternehmen an. Sektionssprecher ist Frank O. Bayer.